# Rückzugsgefechte

Wie Ihnen bestimmt bekannt ist, wurden wir seit Ende Herbst von einer Lawine von «Tarifsanktionen» überrollt:

- das eidgenössische Departement des Inneren senkte die Labortarife um 10%;
- die Medizinaltarif-Kommission der SUVA lehnte Mitte Dezember jegliche Anpassung des Taxpunktwerts ab, obwohl die Zahlen eine ganz andere, klare Sprache sprechen, kündigte die Taxpunktwertvereinbarung aus dem Jahre 2001 und hob am 31.12.2005 die «Notmassnahmen» für die Radiologen im Unfallbereich auf;
- santésuisse brach die Verhandlungen über die kantonalen Anschlussverträge zur Leistungs- und Kostenvereinbarung ab, verlangte von den kantonalen Behörden systematisch, tiefere Taxpunktwerte festzusetzen … und forderte von den Ärzten 19 000 000 zusätzliche Franken im Rahmen der Kompensation für die Periode der Kostenneutralität, ohne jedoch stichhaltige Gründe dafür zu liefern, und änderte einseitig Verträge, die seit Jahren in Kraft sind;
- das BAG kündigte am 22. Dezember (!) an, dass der Bundesrat «wahrscheinlich» die Notmassnahmen für die Radiologie im Krankenkassenbereich nicht länger als bis zum 31.12.2005 aufrechterhalten könne.

Wie ist dieser plötzliche Gegenwind zu verstehen?

Verbreiten wir neuerdings durch unser entschiedenes und geschlossenes Auftreten Angst und rufen deshalb eine übermässige Aggressivität bei unseren Partnern hervor? Oder handelt es sich einfach nur um die neuesten profilierungssüchtigen Beamten oder Angestellten? Oder, um es subtiler auszudrücken, haben wir zwar mit unseren direkten Gesprächspartnern eine konstruktive Zusammenarbeit aufgebaut, aber die Tatsache nicht beachtet, dass hinter den Kulissen von «santésuisse» oder der Verwaltung noch weltfremde Ansichten gehässiger «Dinosaurier» existieren?

Kurz: Diese Massnahmen sind offensichtlich nicht sehr klug, ausgesprochen ungerecht und von einer engstirnigen Denkweise geprägt – es ist inakzeptabel, dass jemand eine Macht, die ihm von Gesetzes wegen anvertraut ist, dazu missbraucht, sich ein Alibi für die eigene politische Ohnmacht zu verschaffen. Sicher: Die Versicherer sind da, um ihre Rolle als Versicherer wahrzunehmen, und die Bundesverwaltung die ihre als Verwaltung; wir glauben aber trotzdem, dass wir von unseren Partnern Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit erwarten dürfen.

Die erwähnten Massnahmen bereiten insbesondere den freipraktizierenden Ärzten grosse Probleme, sie stellen das partnerschaftliche System in Frage, das wir im Gesundheitsbereich am Aufbauen sind – wen kann dies beunruhigen? – und vor allem: Sie lösen das Kostenproblem in keiner Weise. Es ist illusorisch zu meinen, dass ein paar eingesparte Millionen viel bewirken, wenn man sich die jährlichen Gesamtkosten von 50 Milliarden vor Augen führt.

Alle diese «Tarifsanktionen» sind also nur eine Alibiübung. Ihre Initiatoren würden sich besser einer echten und konstruktiven Problemlösung widmen, der Vision einer Zukunft, in der die wirklichen Probleme in einer partnerschaftlichen und realistischen Weise angegangen werden, so beispielsweise die Überalterung der Bevölkerung und der damit einhergehende Anstieg der Bedürfnisse, die medizinische Demographie und der Ärztemangel, der medizinische Fortschritt und der Kostenanstieg in der Pflege – vor allem aber die Finanzierung des ganzen Systems, und zwar die Finanzierung der Pflegeleistungen, aber auch diejenige der Krankenkassen!

Der Zentralvorstand der FMH wird in den kommenden Wochen die neue Situation analysieren, die durch die erwähnten Vorkommnisse entstanden ist. Dies im Wissen, dass wir schnell reagieren können – was wir auch tun werden, wenn es nötig ist! Wir möchten uns aber auch die Zeit nehmen, die Debatte auf eine andere Stufe zu heben und Lösungen ins Auge zu fassen, die auch in Zukunft Bestand haben werden. Wir werden Sie natürlich an dieser Stelle sehr bald darüber informieren, wie wir die Zukunft konkret angehen wollen.

Bleibt anzufügen, dass wir die Salven, die unsere «traditionellen Gegner» – die Bundesverwaltung und «santésuisse» – in den letzten Wochen auf uns abgefeuert haben, als Rückzugsgefechte betrachten. In der Tat haben wir mehr als genug davon, «traditionelle Gegner» zu haben: Es ist höchste Zeit, dass das Gesundheitssystem mit einer anderen Geisteshaltung gestaltet wird!

*Jacques de Haller, Präsident der FMH*